

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der C. Meeschen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom), für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

№ 89.

Neuenbürg, Mittwoch den 16. April 1919.

77. Jahrgang.

Deutschland.

Stuttgart, 15. April. Da nach dem neuen Gemeindegewählgesetz die Gemeinderatswahlen in einer Reihe von Gemeinden an den Maifreitag stattfinden werden, wird die Wahl zur Landeskirchenversammlung voraussichtlich auf 1. Juni anberaumt werden. — Der Abgeordnete Crispian, der Führer der U. S. P., hat sein Mandat zur Landesversammlung niedergelegt. Als Nachfolger wird Gemeinderat Hornung-Bödingen an seine Stelle treten.

Stuttgart, 15. April. Der Vertretertag der Deutschen demokratischen Partei findet nun am Montag, den 14. April, vorm. 10 Uhr in Stuttgart in den Sälen des Stadgartens statt. Als vorläufige Tagesordnung ist vorgesehen ein von den Abg. Johs. Fischer und Thella Kaufmann erstatteter Parteibericht und die Beratung der Satzungen, für die Dr. Erich Schmid Berichterstatter ist. Der Rassenbericht wird von dem Landeskassier Paul Jlg. Der Fraktionsbericht von Abg. Pieber und der Bericht über die Nationalversammlung von Abg. Conrad Hausmann erstattet. Den Schluss bilden die Wahlen.

Stuttgart, 14. April. Der preussische Gesandte Herr v. Sedendorf, früher in Tanger und seit 1915 in Stuttgart, ist in den einseitigen Ruhestand eingetreten. Die Geschäfte der Gesandtschaft besorgt Baron von Nolte.

Bamberg, 15. April. Nach Meldungen aus München haben die Kommunisten mehr als 750000 Mark öffentliche und private Gelder enteignet und an sich genommen. Dem verhafteten Dr. Lipp wurde bei seiner Einlieferung in die Fremdenhaft große Mengen Bargeld und Papiere abgenommen. Die Regierung erteilte dem militärischen Befehlshaber die Ermächtigung zur Verhängung des Standrechts über München.

Frankfurt a. M., 14. April. Die Opelwerke in Rüsselsheim bei Frankfurt haben wegen Lohnstreitigkeiten mit der Arbeiterschaft den Betrieb eingestellt. Damit sind etwa 4500 Arbeiter aus der Umgegend arbeitslos geworden. (Es darf nicht wundern, wenn angesichts der kein Ende schenken Lohnsteigerungen die Schuld der Unternehmer an Ende nimmt. Schriftl.)

Dresden, 15. April. Bis gestern Abend sind durch den Militärbefehlshaber 42 Verhaftungen unter dem Verdacht der Teilnahme an der Ermordung des Kriegsministers vorgenommen worden. Unter den Verhafteten befinden sich 13 Personen, deren persönliche Teilnahme an dem Sturm auf das Kriegsministerium und an der Ermordung des Kriegsministers bereits fest nachgewiesen ist. Die Leiche des ermordeten sächsischen Kriegsministers ist noch nicht gefunden. Der gestrige Tag und die heutige Nacht sind im allgemeinen ruhig verlaufen. In den Häusern bekannter Kommunisten finden Durchsuchungen durch die Militärbehörde statt. Auch am gestrigen Tage wurde wieder eine Anzahl Russen hier aufgegriffen.

Dresden, 16. April. Sämtliche Gebäude sind außerordentlich gesichert und mit unbedingt ergebenden Truppen besetzt, sodass solche entscheidende Ereignisse, wie die vorgefallenen neuerdings ausgeschlossen erscheinen.

Dessau, 14. April. Die herzogliche Familie hat dem neuen republikanischen Staat „geschenkt“: das herzogliche Schloss, das gotische Haus mit Gemälden im Werte von vielen Millionen, den herzoglichen Tiergarten, die herzogliche Hofbibliothek, das Archiv und das Dessauer Landesmuseum. Ferner überwies das herzogliche Haus dem Staate Domänen und Forsten im Werte von 20 Millionen, deren Erträgnis der Erhaltung der Kunststätten dienen soll. (Die Vermögensgründe dieser Freigebigkeit dürften nicht so sehr in gutem Willen als in dem Druck der gegenwärtigen politischen Lage zu erblicken sein. Schriftl.)

Berlin, 15. April. Wie die „Deutsche Allg. Ztg.“ zu berichten weiß, fährt Schiffer die Geschäfte des Reichsfinanzministeriums noch weiter. Die Reichsregierung hat bis jetzt zu dem Vorschlag der Deutschen demokratischen Partei, Dernburg zu Schiffers Nachfolger zu ernennen, noch keine Stellung genommen. Die Entscheidung sei erst in einigen Tagen zu erwarten. Gleichzeitig kommen allerlei neue Kriegsgeschichte aus Weimar. Dort erzählt man sich, daß auch Herr Scheidemann plötzlich amtsmüde geworden sei und zwar weil Dernburg Bedingungen gestellt habe, die einer überhöhten Sozialisierung vorbeugen sollten, und zum zweiten deshalb, weil der Entwurf über den Staatsgerichtshof, an dem Herr Scheidemann mit besonderer Zärtlichkeit hängt, bislang nur wenig Freude gefunden hätte. Daß eine gewisse Krisenstimmung im Kabinett herrscht, wird auch behauptet, aber bisher verlautet darüber nicht, daß gerade Scheidemann es ist, der sich aus dem Amt heraushehnt.

Berlin, 15. April. Wie wir hören, hat die amerikanische Section der Waffenstillstandskommission angesichts der in verschiedenen Teilen Deutschlands verbreiteten Ge-

rüchte, daß die amerikanischen Behörden sich die Dienste von deutschen Offizieren und Unteroffizieren zu sichern wünschten, erklärt: 1. die amerikanischen Behörden brauchen und wünschen keine ehemaligen deutsche Soldaten und Offiziere, zu welcher Funktion es auch sei, in die amerikanische Armee einzustellen, 2. Ausländer werden in die amerikanische Armee nicht aufgenommen, Offiziere müssen auf Grund des Gesetzes amerikanische Bürger sein.

Berlin, 14. April. Der Sachverständigenrat für die künftige Ausgestaltung der deutschen Kohlenwirtschaft trat gestern zusammen. Bis zum 30. Juni soll die Kohlenwirtschaft endgültig sozialisiert sein. Dem freien Kohlenhandel soll auch künftig Raum bleiben. — Der Reichsrätekongreß wurde gestern geschlossen. Er erörterte noch die Sozialisierung des Wirtschaftslebens, sowie die auswärtige Politik. Bei der Wahl des Zentralrats, der höchsten Instanz, aller A- und B-Räte, beteiligten sich die Unabhängigen nicht. — Hier gab es, als zur Beseitigung des Fieberniveaus gegen fliegende Händler eingeschritten wurde, wieder einmal ein Feuergefecht mit Toten und Verwundeten. — Die evangelische Schloßkapelle im Schloß zu Posen ist von den Polen nach katholischem Ritus geweiht worden. Der evangelische Oberkirchenrat hat dagegen bei der preussischen Regierung und dem Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung schärfste Verwahrung eingelegt. — Polnischer Sprach- und Religionsunterricht wurde vom preussischen Kultusminister für Westpreußen genehmigt. Die Polen wollen im deutschen Danzig eine Volkshochschule errichten.

Berlin, 15. April. Die „Nationalzeitung“ meldet: Eine hiesige Persönlichkeit erhält von einem absolut zuverlässigen Gewährsmann, der Budapest in den letzten Tagen verlassen hat, Mitteilungen so grauenhafter Art, daß die hochschweizerischen Verbänden in Rußland daneben verblaffen. Danach haben die derzeitigen kommunistischen Machthaber den ehemaligen ungarischen Erzbischof Joseph, den ehemaligen Ministerpräsidenten Wiederske und den früheren Handelsminister Baron Joseph Systerens im Budapester Sammelgefängnis ermorden lassen. Der Gewährsmann berichtet weiter, daß die Nachrichten, die aus Ungarn nach dem Ausland gelangen, fast durchweg unrichtig seien, da die Machthaber nur Mitteilungen durchlassen, die ihnen genehm sind. Ganz Budapest stehe unter dem Druck einer verbrecherischen Regierung, die mit allen Mitteln des Terrors die freie öffentliche Meinung unterdrückt und ihre Gewalt-herrschaft aufrecht zu erhalten sucht.

Württembergische Landesversammlung.

Stuttgart, 14. April. Die Württ. Landesversammlung trat heute nachmittag zu einer nur für drei Tage berechneten Tagung zusammen. Die heutige Sitzung besetzte sich mit den bekannten Vorgängen anlässlich des Generalstreiks; die Besprechung hatte naturgemäß zahlreiche Zuhörer angezogen, obwohl die Ausgabe von Zulassungskarten sehr beschränkt war. Das Haus war nahezu vollzählig besetzt. Nachdem Präsident Keil von der Niederlegung des Mandats von Seiten Crispians (U.S.P.) Mitteilung gemacht hatte, rechtfertigte Staatspräsident Bloß in eingehenden Ausführungen das Verhalten der Regierung anlässlich des Belagerungszustandes, den diese verhängen mußte, wollte sie nicht von einer von wenigen Schreibern und Geheern verfertigten Menge hinweggefegt werden. Es war eine gründliche und geschickte Abrechnung, die der Staatspräsident unter dem Beifall des ganzen Hauses mit Spartakus vornahm, der selbst sofort den Belagerungszustand erklärte, Revolutionsgesetze einsetzt, usw. wenn er zur Herrschaft gelangt. Er wies besonders auf die vergifteten Waffen hin, die Spartakus anwendet, auf die von Lenin gutgeheißene Methode der Lüge und Deuterei, Unruhe und Verwirrung; während die Regierung Arbeit, Brot und Freiheit verschaffen wolle. Namens desentrums billigte der Abg. Holz das Vorgehen der Regierung vollumfänglich; er verlangte sogar, daß sie gegen das wahnsinnige Treiben der Spartakisten noch viel entschiedener hätte aufzutreten sollen; er verlangte von der Regierung die Bildung einer Volkswehr und den Gebrauch der Schutzhaft; an den Kriegsminister stellte er das Verlangen, die arbeitsfähigen Soldaten aus den Kasernen herauszuholen zu lassen. Die Wortführerin der Unabhängigen, Frau Klara Zetkin, suchte Spartakus als das Lämmlein hinzustellen, das kein Wasserlein trüben kann, wogegen der Sozialdemokrat Mattutat auf den Unterschied hinwies, der hier zwischen den Theorien der Klara Zetkin und den praktischen Methoden der Spartakisten und Kommunisten besteht. Der Abg. Schott von der Bürgerpartei verlangte von der Regierung weniger verhandeln, aber desto mehr handeln. Auf seine Frage, warum die Süddeutsche Zeitung verboten bzw. unter Zensur gestellt worden sei, legte Justizminister Dr. v. Kiene den Standpunkt der Regierung dar, die in der

damaligen kritischen Zeit jeden aufreizenden und verheßenden Artikel verbieten mußte. Auch der Abg. Fischer (D.D.P.) begrüßte die Festigkeit der Regierung, deren Macht noch mehr geschäftet werden müsse. Der Kriegsminister Herrmann sprach den Hinterbliebenen der Todesopfer das Beileid der Regierung, den Sicherheitstruppen für ihren schweren Dienst den Dank aus, wobei er erwähnte, daß die Regierung in nächster Zeit vielleicht in die Lage kommen könne, einen Aufruf zur Bildung von Reservebataillonen ergehen zu lassen. Nach einer persönlichen Zusprache der Abg. Schott (U.P.) und Hausmann (D.D.P.), der diesem zugeworfen hatte, er solle jetzt Schluß machen, konnte Präsident Keil in später Stunde — es ging bereits auf 10 Uhr und das Haus zeigte eine gähnende Leere — zusammenfassend feststellen, daß die Sprecher sämtlicher Fraktionen mit Ausnahme der äußersten Linken die Maßnahmen der Regierung, die sie zur Sicherung und Aufrechterhaltung der demokratischen Staatsordnung während des Generalstreiks getroffen hat, gebilligt haben. Auf der Tagesordnung der Sitzung am Dienstag stehen: 1. Anfrage wegen der Einreise von Kriegsteilnehmern in die Schweiz. 2. Wohnungsbürgerschaftsgesetz. 3. Abänderung des Polizeistrafgesetzes.

Deutsche Nationalversammlung.

Weimar, 14. April. Ein für das gesamte deutsche Volk wichtiges Thema bildete den heutigen Beratungsgegenstand: Die sozialdemokratische Lebensmittelinterpellation. Bei Begründung derselben verlangte Abg. Voelke (Soz.) Verteilung der ausländischen Lebensmittel nach Bedürftigkeit. Unsere Notlage werde noch verschlimmert durch die fortdauernden Streiks, deren Folge ein stetiges Sinken der deutschen Valuta ist. Unsere Arbeiter sollten sich von den gewissenlosen Demagogen abwenden. Im Notfall müßten Reichsmittel zur Verfügung stehen, damit jeder Verbraucher, auch der Minderbemittelte, sich ausländische Lebensmittel kaufen kann. Wir fordern Festhalten an der Zwangswirtschaft, solange eine Knappheit in den notwendigen Lebensmitteln besteht.

In Beantwortung der Interpellation führte Ernährungsminister Schmidt aus, daß er nicht warten könne, bis eine gleichmäßige Abgabe an das ganze Land stattfinden kann; er müsse zunächst gewisse Bezirke bevorzugen. Beunruhigend wirken die in letzter Zeit erfolgten Plünderungen großer Lebensmittelmagazine und daß die Lebensmitteltransporte nur mit starker militärischer Bedeckung gehen können. Diese Vorgänge mindern unsern Kredit im Ausland und erschweren erheblich die Einfuhr. Durch den Streik der Bankbeamten werde die Abgabe ausländischer Wertpapiere verzögert. Wir haben zu befürchten, daß die auf dem Wege befindlichen Lebensmittel, wenn wir nicht die finanziellen Mittel aufbringen können, noch auf der Fahrt undirrigiert werden und ihren Bestimmungsort Deutschland überhaupt nicht erreichen. Wir wären in der Lage Kalk als Zahlungsmittel auszuführen, insolge der Streiks müssen die Schiffe aber Ballast ausfahren. Es können nicht einzelne Berufsgruppen unter Ausnutzung der Zwangslage der heutigen Gesellschaft auf der uneingeschränkten Erfüllung ihrer Forderungen bestehen. Niemand habe ihm bei der Besserung der Lebensmittelversorgung größere Hindernisse in den Weg gelegt, als die Bergarbeiter durch ihre Ausfälle. Bei der Verteilung der Lebensmittel müssen zunächst die Großstädte berücksichtigt werden, wo sie am dringendsten gebraucht werden. Das sei gleichzeitig ein Mittel zur Bekämpfung der politischen Unruhen, die ihren Untergrund zu einem erheblichen Teil in der nicht ausreichenden Lebensmittelversorgung haben. Der Vorwurf, daß uns die Entente besonders hohe Preise auferlegt, ist unbegründet. Die einzig Schuldigen sind in erhöhtem Maße wir selbst, weil insolge des Zusammenbruchs unseres Wirtschaftslebens unsere Valuta fortgesetzt ganz erschrecklich sinkt. Der Preis für Speck am 4. März 3.37 Mark das Kilo, ist durch das Sinken der Valuta am 10. April schon auf 10,82 Mk. gestiegen. Man hat meine Brotpreispolitik bemängelt. Ich brauche noch einen Zuschuß von 600000 Tonnen Mehl zur Brotbereitung. Die Ablieferung von Getreide ist in den letzten Monaten überraschend gut gewesen. Die Zwangswirtschaft ist aber nicht zusammengebrochen. Hätten die Großbetriebe der Landwirtschaft genügend Kohle, so wäre noch viel mehr Getreide abgeliefert worden. Wenn ich aber die 600000 Tonnen Mehl zur Brotbereitung aus teurem ausländischem Mehl hinzufüge, so ergibt sich ein Fehlbetrag von über einer Milliarde Mark. Dieser Fehlbetrag erhöht sich noch um 1 1/2 Milliarden Mark durch das Mehl, das ich für den Ausfall an Kartoffeln zur Verfügung stelle. Da ich die Reichskasse bei der Finanzlage nicht in Anspruch nehmen kann, muß ich auf den freien Verkehr eine Risikoprämie zuschlagen. Ich werde die Einrichtung treffen, daß auf Brotkarten eine größere Menge Mehl

Anzeigenpreis: die einseitige Zeile oder deren Raum 18 g, außerhalb des Bezirks 20 g, bei Auskunftserteilung durch die Geschäftsstelle 30 g extra. Reklame: Seite 30 g, bei größeren Aufträgen entsprech. Rabatt, der im Falle des Mahnverfahrens hinfällig wird.

Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr vorm. Fernsprecher Nr. 4, für telef. Aufträge wird keinerlei Gewähr übernommen.



entnommen werden kann. Dann könnten die Begüterten Weizenmehl nehmen und die Minderbemittelten Brot. Zur Verteilung der Eingänge aus dem Auslande konnten wir eine neue Kriegsgesellschaft gründen oder eine große Firma damit beauftragen. Ich habe das letztere gewählt. Arbeiter- und Kohlenmangel erklären, daß wir keinen Zucker und keine Marmelade haben. Die Zwangswirtschaft für Eier wurde aufgehoben, weil der große Verwaltungsapparat in keinem Verhältnis zum Ergebnis stand. Dann wurde gerade von den kleinen Bauern die Aufhebung verlangt und die Regierung hat alles Interesse daran, mit den kleinen Bauern in ein gutes Verhältnis zu kommen. Was in meinen Kräfte steht, wird geschehen, um die Einfuhr ausländischer Lebensmittel zu fördern. In diesem Bemühen kenne ich keinen wertvolleren Bundesgenossen als die deutsche Arbeiterschaft, wenn sie die Erzeugung steigert.

Bei Besprechung der Interpellation bemerkt Schatz (Str.): Die hohen Preise für die ausländischen Lebensmittel können gerade von den schlechtgestellten kinderreichen Familien nicht bezahlt werden, die einer Verbesserung ihrer Ernährung am meisten bedürfen. Hier muß durch das Reich Hilfe geleistet werden. Der Streit muß jetzt überhaupt als Kampfmittel ausscheiden und das Schiedsgerichtsverfahren an seine Stelle treten. Zwangswirtschaft darf nur beibehalten werden für Brot, Fleisch, Fett und Kartoffeln. Rußland bietet uns in Zukunft die Möglichkeit einer besseren Lebensmittelversorgung.

Abg. Berchthold (Dem.) tritt für die Ausschaltung der Kommunen ein; sie wirken preisvertuernd. Als Verteilungsstelle sind sie gar nichts nützlich. Was uns allein noch helfen kann, ist die Arbeit, sonst verlieren wir im Ausland jeden Kredit und können nichts mehr kaufen. Dazu gehört, daß eine andere Gesinnung in unserer Arbeiterschaft wachgerufen wird, als sie jetzt maßgebend ist, und vor allen Dingen, daß die Zwangswirtschaft bei der Einfuhr und Verteilung von Rohstoffen beseitigt wird.

Abg. Krastadt (Deutschnat.) stellt fest, daß die Zwangswirtschaft verlagert habe. Niemand im Reich habe alle Veränderungen beachtet. Eine teilweise Aufhebung der Zwangswirtschaft sei möglich. Die Regierung solle alles tun, um unsere Landwirtschaft leistungsfähig zu erhalten, dann könne sie auch besser und billiger ernähren.

Abg. Dujche (D. Sp.) wirft der Regierung vor, daß sie nicht dafür sorgte, daß die dazu geeigneten Arbeitslosen aus der Großstadt aufs Land zur Landarbeit hinausgehen. Wenn in Deutschland mehr gearbeitet wird, werden auch die Preise für ausländische Lebensmittel sinken. Wir wünschen einen allmählichen Abbau der Zwangswirtschaft. Die Landwirtschaft würde zugrunde gehen, wenn man auch nur den leinsten Versuch einer Sozialisierung hier machen würde. Die Zwangswirtschaft muß verschwinden und an ihre Stelle muß treten straffe Selbsttätigkeit der Landwirte und der Verbraucher.

Abg. Wurm (U. S.) schiebt die Schuld an den Streiks, welche unser Volkvermögen sehr schädigen, der Wackelpolitik der Regierung zu, die den Vergleichen erst jetzt das Bemühen, was sie ihnen schon vor Wochen hätte bewilligen müssen. Wenn unser Bergbau und unsere Industrie nicht arbeiten, dann gehen wir zugrunde. Die Reichskasse muß das Defizit aus dem teuren Mehlpreis tragen und durch Steuern aufbringen. Die ärmere Bevölkerung muß vor allem kräftig ernährt werden. Dem freien Handel werden schon viel zu viel Zugeständnisse gemacht.

Regierungsminister Schmidt: Wenn es den Unabhängigen ernst ist mit dem Appell an die Arbeiterschaft, zur Arbeit wieder zurückzugehen, so möge sie einen entsprechenden Appell an ihre Vertrauensleute im Ruhrrevier richten. Bis jetzt haben sie das Gegenteil getan.

Oberst Waiß: Aus den Militärbeständen ist bereits alles, was nicht unbedingt gebraucht wird, dem Reichsverwertungsamt zur Verfügung gestellt worden.

Damit schließt die Aussprache. Nächste Sitzung: Dienstag. Tagesordnung: Anfragen, Reisevorlage, Ermächtigungsgesetz, Kaligesez und Wahlprüfungen.

Ausland.

Amsterdam, 15. April. Die Lebensmittel aus Holland, die nach der jetzt erfolgten Einwilligung der Assoziierten aus den Niederlanden nach Deutschland ausgeführt werden, bestehen aus 2000 Tonnen Fett, 2000 Tonnen Speck, 1000 Tonnen Butter und 30000 Tonnen Kartoffeln zusammen. Wegen der finanziellen Schwierigkeiten in den Ausfuhrverhandlungen zwischen Holland und Deutschland ist noch keine Übereinstimmung erzielt worden, sie wird jedoch bald erwartet.

Stockholm, 14. April. Lenin räumt jetzt ein, daß er die Zeit bis zur Weltrevolution ruhig bemessen habe. Vielleicht (l) in 10 Jahren werde sie eintreten. Diese Wartezeit werde für Rußland zu lang sein. Es könne nicht länger gezögert werden, dem Zusammenbruch vorzubeugen. Zu diesem Zwecke müßten schnellstmöglich Verkehrsmöglichkeiten geschaffen und das Eisenbahnmateriale wieder instand gesetzt werden. Deutsche Ingenieure und deutsche Lokomotiven seien erwünscht.

Paris, 14. April. Die deutsche Delegation soll demnächst nach Versailles gerufen werden. „Petit Parisien“ glaubt, daß die alliierten Regierungen sich bereits über das Datum geeinigt haben. Die Einberufung soll vor dem 20. April erfolgen. Nach dem „Echo de Paris“ sind die Diskussionen für die zweite und dritte Woche vorgesehen. Clemenceau wird namens der Alliierten in der Präsektur von Versailles dem Grafen Brockdorff-Rantzau den Text der einstimmig von der Konferenz angenommenen Bedingungen zur Kenntnis bringen.

Paris, 15. April. Der Präsident der Budgetkommission der französischen Kammer, Raoul Peret, läßt im Ratin davon hören, so wie Frankreich so sehr auf eine Entschädigung angewiesen ist. Er sagt, die gegenwärtigen Budgeteinnahmen übersteigen 9 Milliarden, während das Einkommen des

französischen Vermögens im Jahre 1914 auf 30 Milliarden geschätzt wurde. Wenn Deutschland und seine Verbündeten die Schäden gut machen und die Pensionen zahlen, wird das französische Budget um 8 Milliarden erleichtert. (Deutschland, das wirtschaftlich und finanziell auf dem Hand ist, soll also dem durch seine Rüstungsgelder an Rußland finanziell geschwächten Frankreich auf die Beine helfen. Schriftl.)

London, 14. April. Im Unterhause fragte Lyke, ob die alliierten Regierungen die Absicht hätten, von Holland die Auslieferung des früheren deutschen Kaisers zu verlangen. Bonar Law antwortete, die von der Friedenskonferenz ernannte Kommission zur Untersuchung dieser Frage habe ihren Bericht erstattet. Er könne aber jetzt keine Erklärung über diesen Gegenstand abgeben. Lyke fragte ferner, ob Bonar Law wisse, daß in England eine sehr starke Stimmung dafür vorhanden sei, daß der Erzverbrecher von Europa bestraft werde. Bonar Law antwortete, er sei sich dieser Stimmung wohl bewußt. Die britische Regierung teile sie. (Und was geschieht mit den „Erzverbrechern“ auf der Entente-Seite? Schriftl.)

Die Bierverratsbeschlüsse gegen Deutschland.

Paris, 14. April. Die Frage des Saarbeckens wurde so geregelt, daß die Bergwerke auf einige Zeit an Frankreich kommen. Deutschland wird für die Einwohner des Landes verantwortlich bleiben. Frankreich wird das Polizeiwesen ausüben. Die politische Souveränität des Landes untersteht einem Direktorium, das vom Bierverband festgelegt wird und aus fünf Mitgliedern bestehen soll, und zwar aus einem französischen, einem Einwohner des Saarbeckens und drei von der Konferenz festzustellenden Persönlichkeiten.

Die Einwohner des Saarbeckens verfügen über alle bisherigen Rechte, werden aber keine Abgeordneten in das deutsche Parlament entsenden. Dies Regime dauert 15 Jahre. Nachher wird eine Volksabstimmung über die Zugehörigkeit des Landes vorgenommen. Wird eine solche zu Gunsten Deutschlands, so wird Deutschland es zum Schatzwert von Frankreich zurückkaufen und die Summe in Gold begleichen müssen. In der Tat ist hier von einer Annexion keine Rede, da den Saarbeckensbewohnern freie Hand gewährt wird, ihr Selbstbestimmungsrecht zu wahren.

Sodann wurde ein weiteres Problem in der Entschädigungsfrage gelöst. Wie bereits gemeldet, soll Deutschland 125 Milliarden Entschädigungen bezahlen, wovon 55 Prozent Frankreich zufallen. Die Summe ist in jährlichen Raten zahlbar, von der die Minimumsumme von der Friedenskonferenz festgelegt wird. Die Frage der Garantie, die Frankreich gegenüber weiteren Angriffen Deutschlands erhalten soll, ist noch nicht geregelt. Der Biererrat hört dazu den französischen Standpunkt, der militärisch in der Neutralisierung des linken Rheinuferes und dem Verbot an Deutschland, dort Festungen, Garnisonen oder andere strategische Unternehmungen zu unterhalten gipfelt.

Die Besetzung des linken Rheinuferes soll von Frankreich allein durchgeführt werden. Zudem bleibt eine neutrale Zone von 50 Kilometer Tiefe bestehen. Die weiteren Maßnahmen, sowie die Besetzung der Rheinbrücken werden nach 15 Jahren, wenn die deutschen Entschädigungen bezahlt sind, aufgehoben und die Truppen werden sich dann stufenweise zurückziehen. Der Vertrag sieht auch die Einschränkungen der Rüstungen Deutschlands vor.

Wenn irgend jemand nach all den bisherigen Vorgängen noch Zweifel gehabt hätte, daß es die Entente auf unser Verderben abgesehen hat, mit diesen Beschlüssen des Biererrats muß jeder Zweifel schwinden. Sie bedeuten die völlige Kastration Deutschlands auf Generationen hinaus. Es ist aufgedeckter Raub, was man mit dem Saarbecken vorhat: großmütig will man uns gestatten, das Saarbecken nach 15 Jahren zurückzukaufen, wenn das Volk sich für die Zugehörigkeit zu Deutschland ausspricht. Ist das der Gerechtigkeitsfriede? Aus dieser Saat, welche der Biererrat ausstreut, wächst dauernder Haß. An den deutschen Regierungen, am gesamten deutschen Volk ohne Unterschied der Partei liegt es, sich gegen einen solchen Vergewaltigungsfrieden mit aller Schärfe zu verwahren, ihn niemals einzugehen, mag kommen, was da will.

Berlin, 15. April. Gegenüber dem offenbar beschlossenen Raub des Saargebietes stellt der „Vorwärts“ fest: „Die Entente ist im Irrtum, wenn sie glaubt, daß es irgend eine deutsche Regierung gebe, die solche Friedensbedingungen unterschreiben könne. Die Entente kann diese Friedensbedingungen durchführen, aber keine Regierung soll man zumuten, zu erklären, daß dies ein Rechtsfriede sei, auf den sich Europas dauernde Ruhe gründen könne. Wenn wir schon ganz zu Grunde gehen sollen, so wollen wir es lieber in Aufrichtigkeit und Ehre, als in Lüge und Schande tun.“

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

Neuenbürg, 16. April. Das Brot, welches wir gegenwärtig geliefert bekommen, ist unter Berücksichtigung der durch die Knappheit nötig gewordenen Streckung als wirklich gut zu bezeichnen. Wir freuen uns, dies feststellen zu können, nachdem vor kurzem aus Verbraucherkreisen Klagen gegen die mit der Mischung und Herstellung sich Befassenden laut wurden.

Neuenbürg, 15. April. Wegen Kohlenmangels sieht sich die württembergische Eisenbahnverwaltung veranlaßt, den an den Osterfeiertagen ruhenden Güterzugverkehr auch am Samstag, den 19. April einzustellen. Während der Zeit vom 18. bis 21. April ds. Js. werden daher Eis- und Frachtgutsendungen (Städtgut und Wagonladungen) nicht angenommen und bereits aufgeschobene nicht befördert.

Neuenbürg, 16. April. Dem Vernehmen nach ist dem hiesigen Kommunalverband eine Sendung von 200 Zentner amerikanischen Speck anvisiert und wird wohl in nächster Zeit eintreffen. Allzugroßen Hoffnungen darf man sich aber nicht hingeben, denn bei einem Quantum von 200 Ztr. (für 100 000 Mark) kommen auf den Kopf nur etwa 380 Gramm. Ob diese Sendung sich wiederholt, bleibt bei den unsicheren Verhältnissen dahingestellt.

Württemberg.

Stuttgart, 15. April. Der des Raybmords an der Witwe Barbara Wahl verdächtige Fuhrmann Paul von Degetloch ist gestern abend in Winnenden festgenommen worden. Er wurde sofort nach der Polizeidirektion Stuttgart übergeführt. Nach einigem Zeugnis hat er heute mittag ein volles Geständnis abgelegt. Der größte Teil des geraubten Geldes ist beigebracht. Straff ist ein gewis minderwertiger Mensch. Er war schon wiederholt in Frauanstalten untergebracht. Ende März 1919 ist er aus der Heilanstalt Winnental entwichen.

Feuerbach, 15. April. Das Gerippe eines vor einem Jahr geborenen und vermutlich gleich nach der Geburt getöteten oder gestorbenen Kindes ist in einem Koffer in der Tunnelstraße gefunden worden. Die Mutter ist eine ledige Büglerin von Stuttgart.

Kornwestheim, 15. April. Der 20jährige Sohn des Bahnhofsaufsehers Wilhelm Essig aus Stuttgart ist an dem Rangierbahnhof, als er dem Starkstrom zu nahe kam, von einem Lichtmast abgestürzt. Er war sofort tot.

Rottenburg, 15. April. Mehr als tausend Personen mit dem Bischof und dem Domkapitel an der Spitze wohnten am Sonntag einer großen Kundgebung für die konfessionelle Schule bei, in der Rektor Vollmer das Eröffnungs- und Schlusswort sprach. Weihbischof Dr. Sprössel das Thema behandelte: Was haben wir an unserer konfessionellen Schule? In einer Resolution wurde die Beibehaltung der konfessionellen Volksschule und der konfessionellen katholischen Lehrerbildung gefordert sowie Verwahrung eingelegt gegen den Versuch, dem Bischof das Recht der Leitung und Aufsichtigung des katholischen Religionsunterrichts in den Schulen zu schmälern oder gar zu entziehen. Zuerst muß das Volk gehört werden, wenn an der konfessionellen Grundlage des Volksschulwesens gerüttelt werden soll und eine Lösung der Schulfrage dürfe nur auf dem Boden der Freiheit, der Gewissensfreiheit und der Unterrichtsautonomie erfolgen.

Ravensburg, 15. April. Wie die Staatsanwaltschaft mitteilt, sind in der vergangenen Nacht und heute früh die drei Männer verhaftet worden, die am letzten Mittwoch den Schweizer Burkard Betsch in der Nähe des Plattbachweihers ermordet haben. Einer von ihnen ist der von Deutsch-Epsau gebürtige Johann Koltschewsky, der in der Burgstraße wohnt, der sich bei seiner Geiselnahme verborgen hielt und heute nacht entdeckt wurde. Seine zwei Gehilfen sind heute früh verhaftet worden.

Biengen a. d. Br., 14. April. Vor einiger Zeit wurde hier ein Arbeiter gewählt. Zu dessen Vorsitzenden war ein junger Rotstandsarbeiter namens Brender ernannt worden. Das Auftreten des letzteren hatte in den letzten Wochen zu starken Reibungen mit dem Stadtvorstand geführt. Vor acht Tagen zogen nachmittags etwa 150 Wägen auf das Rathaus, um Brender zu bewegen, von seinen Posten zurückzutreten, da er von der ganzen Bürgerwehr nicht anerkannt werde, weil er zu jung und unerfahren ist. Auf seine Weigerung kam es zu Tätlichkeiten, in dem Verlauf die erdübten Männer auf den Vorsitzenden überhoben, ihn die Treppen des Rathauses herunterzuschleppen und schließlich auf die Straße warfen. Nach einem Verbot Brenders, nochmals dort einzubringen, wurde er abermals hinausgeworfen und mußte mit blutigem Kopfe unter allgemeinem Hohngelächter der versammelten Menge abziehen.

Ulm, 15. April. Die Geschäftszimmer des würt. Kontingents, der 27. Division und des Garnisonrats wurden in der letzten Zeit in die Deutschhauskaserne, die Kommandantur des Gefangenenlagers in die Zeughauskaserne, die Brigadengeschäftszimmer und die Divisionsintendantur in die Grenadierskaserne an der Karlstraße verlegt. Durch diese Maßnahmen konnte die Wengelskaserne nunmehr der Stelle zur Einrichtung von Notwohnungen überlassen werden.

Baden.

Pforzheim, 15. April. Am gestrigen Tage wurden 35 Neuertankungen an Typhus gemeldet, sodaß bis jetzt 2612 Fälle festgestellt wurden. Die Zahl der Toten lag um 10 auf 220. Mit dem gestrigen Tage hat das bakteriologische Institut, das in der Gewerbeschule eingerichtet worden ist, seine Tätigkeit aufgenommen. Damit wird die Feststellung von Typhusbakterien wesentlich erleichtert.

Karlsruhe, 15. April. Man schreibt uns: Der infolge von Transportbeschwerden aller Art, von Fabrikstreiks, Unruhen, Diebstählen und Plünderungen, nicht zuletzt auch infolge der Ereignisse in der Provinz Posen eingetretenen Zuckermangel macht, wie bereits gemeldet, die programmatische Durchführung der Verpflegung des deutschen Volkes mit Marmelade, trotz ausreichender Vorräte an Obstmal in den Marmeladenfabriken, unmöglich. Wie die Reichsleitung die Marmeladeversorgung eingestellt. Vielmehr ist Vorsorge getroffen, daß die zur Verteilung gelangenden Marmeladen nur verpackt werden, sodaß immerhin bestimmte Aussicht besteht, bis zum Monat Juli des Jahres Marmelade, wenn auch in beschränkten Mengen, zum Brotaufstrich an die Bevölkerung verteilen zu können.

Mannheim, 14. April. Der Mörder des Kommerzienrats Reuther, der Heizer Friedr. Geprgi aus Bierheim, ist auf einem Gut im Bagerischen verhaftet worden. Auf seine Ergreifung war eine Belohnung von 5000 Mark ausgesetzt.

Handel und Verkehr.

Neuenbürg, 16. April. Dem heutigen Schweinemarkt waren zugeführt: 18 Milchschweine und 24 Lausitzschweine. Preis der Milchschweine pro Paar 380—480 M., der Läufer 750—850 Mark. Dandel lebhaft.

Neueste Nachrichten.

Stuttgart, 15. April. Gegen den Raub des Saargebietes nahm gestern eine aus Männern und Frauen aller Kreise und Parteien zahlreich besuchte Versammlung im großen



Saale des Stadtgartens Stellung. In der einmütig angenommenen Entschließung wurde die bestimmte Erwartung zum Ausdruck gebracht, daß die württembergische Regierung und die Reichsregierung, die württembergische Landesversammlung und die Nationalversammlung niemals ihre Zustimmung zu den Forderungen Frankreichs geben werden und mit aller Macht bestrebt sind, eine offene oder geheime Annexion dieser landdeutschen Gebiete, der Pfalz und des Saargebietes durch Frankreich zu verhindern.

Nürnberg, 16. April. Die Bauern der Oberpfalz fordern in einem Rotruf an die Regierung die sofortige Waffenabgabe an die Bauern, insbesondere im Bezirk Burg-Lengenfeld. In dem Schreiben heißt es u. a.: Wir Bauern lassen uns nicht wie tolle Hunde von den Spartakisten niederknallen oder in grausamer Weise ermorden.

Weimar, 15. April. Die Nationalversammlung hat das Gesetz über den 1. Mai als Nationalfeierfest angenommen. Die Osterbotschaft des Reichspräsidenten, in der er zur politischen Lage Stellung nimmt, wurde am Schluß der heutigen Sitzung der Nationalversammlung vom Reichspräsidenten Scheidemann verlesen und von allen Parteien mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Böckum, 16. April. Am 14. April ist über das Verbot der Bochumer Bergwerks-Aktiengesellschaft, der die Jede „Präsident“ gehört, das Konkursverfahren eröffnet worden. Die Gesellschaft ist infolge der dauernden Streiks und der immer größer werdenden Forderungen der Bergarbeiter zu so großen Verlusten gekommen, daß der Konkurs nicht abzuwenden war.

Essen, 16. April. Entsprechend der Zunahme des Streiks ist auch in der Vormwoche die Förderung der Steine in Ruhrrevier noch weiter zurückgegangen. Die Förderung, die bis zum Schluß der vorhergehenden Woche auf täglich 5000 Tonnen gestiegen war, betrug am 10. April nur noch 12000 Tonnen. In normalen Kriegsmonaten bezifferte sie sich auf rund 330000 Tonnen täglich. Abgesehen von privaten und kommunalen Betrieben steht nunmehr auch die Eisenbahn unmittelbar vor der Betriebsstillstellung, denn ihre Brennstoffvorräte reichen in den meisten Bezirken nur noch für 1 bis 2 Tage aus.

Heilsberg, 15. April. Infolge von Mangel an Eisen kam es hier zu Unruhen unter den Frauen, die einen so bedrohlichen Charakter annahmen, daß der Belagerungszustand verhängt werden mußte. Es war nötig Militär zur Verstärkung von Ruhe und Ordnung herbeizurufen. Ein Mäherlehrling erhielt einen Schuß in den Oberarm. Mehrere Verhaftungen wurden vorgenommen. Die öffentliche Sicherheit ist inzwischen wieder hergestellt worden.

Apolda, 15. April. Auf dem Kammergut Hausdorf fanden Kinder polnischer Arbeiter eine Wurmplage. Ein Junge warf die Wurm zur Erde, so daß sie explosierte. 4 Kinder wurden sofort getötet und 3 schwer verletzt. Es verlautet, daß die Wurm bei dem gestrigen Uebungschießen des Reichsartillerieapolda aus dem Bereich des Uebungsplatzes gelangt ist und trotz Nachforschungen nicht gefunden wurde.

Berlin, 15. April. Die Reichsregierung erklärt: „Die Deutsche Tageszeitung“ brachte in der Montagausgabe eine sehr ins Einzelne gehende Darstellung eines russischen Bündnisangebots. Die Quelle dieser in jeder Einzelheit unwahrscheinlichen Nachricht wird nicht angegeben. Nach Rücksprache mit sämtlichen an dieser Meldung als beteiligten Personen wird hiermit erklärt: Weber der Ministerpräsident Scheidemann, noch die Minister Erzberger und Graf Kautsky, noch die Abgeordneten Daase und Gohn wissen das geringste von diesem angeblichen Bündnisangebot. Sie erklären die ganze Nachricht für eine schlechte Erfindung, der jede Unterlage fehlt.“

Berlin, 15. April. Die hier eingetroffene amerikanische Mission zur Ueberwachung der Lebensmittelverteilung wird heute eine Besichtigungsfahrt der Groß-Berliner Lebensmittelspeicher unternehmen.

Hamburg, 15. April. Bei den Einigungsverhandlungen zwischen den Direktoren der hiesigen Banken und den Vertretern der Bankbeamtenverbände stimmten die Bankleitungen dem Vorschlag zu, das Mitbestimmungsrecht der

Angestellten in Bezug auf Kündigung und Entlassung von heute ab bis zur Regelung durch ein Reichsnotgesetz oder eine für das Reich gültige Vereinbarung der Berliner Großbanken anzuerkennen. Damit kann der Streik der Bankbeamten als abgewendet gelten.

Hamburg, 15. April. Wegen Kohlenmangels werden in Hamburg vom Freitag ab sämtliche Straßenbahnlinien vorläufig auf 8 Tage den Verkehr einstellen.

Haag, 15. April. Nach amerikanischen und französischen Nachrichten soll aus dem Saargebiet ein sehr kompliziertes, staatsrechtliches Gebiet, nämlich ein autonomes Land werden, das vom Völkerbund auf dem Wege der Mandatserteilung an Frankreich übergeben wird, also wie die deutschen Kolonien oder Armenien.

Paris, 15. April. „Echo de Paris“ meldet, daß Wilson vor dem 1. Mai aus Frankreich abreisen werde. Er hoffe, der Eröffnung der Konferenz in Versailles beizumohnen zu können. Bei der Schlußsitzung wird Amerika durch den Obersten House vertreten sein.

Paris, 15. April. Wilson hat gestern abend namens des Viererrotates folgende Erklärung abgegeben: Angesichts der Tatsache, daß die mit Deutschland zu regelnden Fragen ihrer Lösung entgegengehen, ist vom Rat der Vier beschloffen worden, die deutschen Bevollmächtigten einzuladen, am 25. April mit den Alliierten zusammenzukommen.

Paris, 15. April. Entgegen allen tendenziösen Meldungen ist nunmehr der gemeinsame Friedensschluß der Alliierten mit allen ihren Gegnern zu gleicher Zeit festgelegt. Mit Deutschland, der Türkei und Bulgarien werden auch sämtliche Nationalstaaten der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie den Friedensvertrag unterzeichnen und die Einstellung der Feindseligkeiten wird in ganz Europa erfolgen. Ungelöst bleibt nur noch das Verhältnis zum Sowjetrußland, das sich auch weiterhin mit den Entente-Staaten nicht im Friedenszustand befinden wird.

Paris, 15. April. Der Hafen und die Stadt Dünkirchen sind von der englischen Besatzung geräumt, sobald Dünkirchen bereits aufgehört hat, eine englische Marinebasis zu sein.

Vern, 15. April. In Mailand und in der ganzen Lombardei fanden am Sonntag sozialistische Versammlungen statt, wobei es in Mailand zu heftigen Zusammenstößen zwischen der vieltausendköpfigen Menge und der Polizei kam, die, in einen Haussur gedrängt, auf die Menge schoß und später von Soldaten befreit wurde. Der größte Teil des Berichtes über den Vorgang ist im „Avanti“ und im „Secolo“ von der Zensur gestrichen worden.

München in der Gewalt der Kommunisten.

Augsburg, 15. April. Seit 1 Uhr mittag ist die direkte Telephonverbindung von Augsburg nach München wieder hergestellt. München befindet sich vollständig in der Gewalt der Kommunisten. Die Diktatur des Proletariats ist ausgerichtet. Der Kampf um den Hauptbahnhof, der mit Artillerie, zahlreichen Maschinengewehren, Handgranaten und Minenwerfern ausgefochten wurde, dauerte etwa 3 Stunden und hatte das Gepräge einer förmlichen Schlacht. Er forderte gegen 150 Tote und Vermundete und endete mit dem Siege der Kommunisten. Die regierungstreuen Truppen wurden entwaffnet. Nach diesem Erfolge war das Schicksal der Stadt besiegelt. Von einer offenen Gegenbewegung ist nichts zu spüren. Die ganze Garnison steht jetzt im Dienste der neuauferichteten Herrschaft des Proletariats.

Augsburg, 15. April. Wegen Zerstörung der Eisenbahnstrecke ist von heute ab bis auf weiteres der Gesamtverkehr nach München zwischen Hapselmoor und Maisach und zwischen Geltendorf und Grafath unterbrochen.

Berlin, 16. April. Die Lage der bayerischen Regierung gilt nach wie vor als ernst. Gestern reiste Ministerpräsident Hoffmann mit dem Militärminister mit unbekanntem Ziel von Bamberg ab. Seit gestern morgen befinden sich große bayerische Truppenmassen mit Artillerie und Minenwerfern auf dem Wege nach der bayerischen Hauptstadt. Wann es dort zum entscheidenden Schlag kommen werde, sei noch nicht abzusehen. Es sei anzunehmen, daß die Regie-

rung warten werde, bis sie im Umkreis von München über eine genügende und zuverlässige Anzahl tüchtiger Truppen verfüge. In München ist der Anarchist Sandheimer ans Ruder gelangt und mit ihm die allerradikalste kommunistische Richtung.

Von gestern Abend in Bamberg aus München eingetroffenen Reisenden wurde gleichlautend mitgeteilt, daß es zu Plünderungen namentlich in zahlreichen Nahrungsmittelgeschäften gekommen sei. Ein Beispiel des ungeheuren Terrors, den die Anhänger Levins ausüben, ereignete sich, dem „Berliner Tageblatt“ zufolge, gestern Morgen auf dem Münchener Hauptbahnhof, wo ungefähr 300 Arbeiter und Arbeiterinnen mit einem Arbeiterzuge nach Dachau fahren wollten. Gerade als der Zug abfahren sollte, befahl ein bewaffneter Zivilist: „Der Zug darf nicht abfahren! Alle Eingestiegenen mühten die Wagen wieder verlassen. „Wir wollen arbeiten,“ hörte man, „wir wollen unsere Kinder nicht verhungern lassen.“

Wie das Berliner Tageblatt berichtet, hat sich ein neuer Aktionsausschuß in München unter Führung Levins und der Russen Levine und Axelrad gebildet.

Bamberg, 15. April. Das Truppenangebot für München ist 23000 Mann stark. Man hofft damit in kurzer Zeit den letzten Widerstand der Kommunisten zu brechen.

Wein, Branntwein und Juden.

(Eingesandt.)

In der Deutschen Wertszeitung ist zu lesen, daß eine Million Hektoliter Wein, welche die Heeresverwaltung in Ungarn und Rumänien aufgekauft hatte, an die Firma Asbach u. Cie., Nüdesheim (Juden) zur Einlagerung und Pflege gegeben wurden. Diefür erhielt dieselbe 20 Mark pro Hektoliter. Asbach u. Cie. schlossen Unterabkorde mit Firmen am Rhein und in der Pfalz ab und zahlten diesen 18 Mark pro Hektoliter, ergielten also bei diesen Geschäften den kleinen Gewinn von 2 Millionen Mark.

Nachträglich kam von diesen Weinen auch noch eine kleinere Menge nach Württemberg und zwar an die Firmen Moritz Löwenthal, Julius Adler, Jakob Jakob, Seligmann Girsch, Deitbrunner u. Cie., Hugo Odenheimer, Girsch und Mayer, Zündorfer. — 8 jüdische Firmen.

Ebenso wurde nun kürzlich mit dem Branntwein verfahren. In Württemberg lagerten über eine Million Liter Branntwein aus Heeresbeständen. Diese wurden an die beiden jüdischen Firmen Jakob Jakob und Girsch u. Mayer verkauft, welche dieselben schon zum größten Teil in mehreren Eisenbahnwagenladungen außer Landes schickten.

Und da wundert man sich noch, daß bei uns beinahe kein Branntwein mehr zu haben ist, jedenfalls nur zu ungeheuren Preisen.

Nennt man das nun im neuen deutschen Volksstaat: „Freie Bahn dem Lächtigen?“ Muß man da nicht hinzuliegen: „Aber nur dem Juden!“

Vieles ist schon geschrieben und geschimpft worden über das Treiben und Wesen der jüdischen Rasse im Kriege (Heereslieferungen, Drückbergerei, jüdische Viehkaufleute usw.), und es laugt nicht nach Lobesfang. Aber man müßte, um gerecht zu sein, auch die andere Seite hören. Vielsach treuen christliche Firmen manchmal mit die Schuld, wenn ihnen Aufträge durch ängstliches Jögern entgingen, während jüdische Firmen frisch zugriffen. Das liegt in der Rasse, hört man oft äußern. Nachdem die Angelegenheit der breiten Öffentlichkeit übergeben ist, bleibt es Aufgabe der Regierung, nach dem Rechten zu sehen, denn Millionen-gewinne Einzelner auf solche Weise kann das deutsche Volk heute nicht mehr dulden. Freilich, die Regierung weiß bald selbst nicht mehr, wo sie bei dem in Deutschland herrschenden Wirrwarr zuerst Ordnung schaffen soll. (Schriftl.)

Noch immer

kann auf den nunmehr in vergrößertem Format erscheinenden „Guztärer“

bei den Austrägern oder bei den Postanstalten abonniert werden.

Amtsgericht Neuenbürg.

Im Handelsregister, Abteilung für Einzelfirmen, ist bei der Firma Carl Aberle, Schwarzwalder-Industrie in Wildbad, eingetragen worden:

Das Geschäft ist nach dem Tode des bisherigen Inhabers auf den Kaufmann Karl Aberle in Wildbad übergegangen, der es unter der alten Firma weiterführt. Den 11. April 1919. Oberamtsrichter Drauer.

Feldbrennach, 14. April 1919.

Arbeits-Bergebung.

Für die Erneuerung des D.W. 15 haben wir ca. 165 qm neue und ca. 40 qm alte Kandelung in Alford zu vergeben. Bedingungen können am Samstag, den 19. April, von morgens 9—12 Uhr und nachmittags von 2—6 Uhr im Büro des Arch. O. Kling hier eingesehen werden.

Gemeinderat.

Bekanntmachung.

Die Arbeitszeit auf unseren Kanzleien ist wie folgt festgesetzt:

Vormittags von 7^{1/2} bis 12 Uhr, nachmittags von 1 bis 5 Uhr, an Samstagen und vor Festtagen von 7^{1/2} bis 1 Uhr.

An letzteren Tagen sind unsere sämtlichen Kanzleien von 1 Uhr ab geschlossen.

Gemeindeverband Elektrizitätswerk Teinach-Station, Station Teinach.

Büro vom 17.—21. April geschlossen.

Inkassogeschäft Wolfinger, Neuenbürg.

Zur Gründung des Neuenbürgers Ortsvereins der Württ. Bürgerpartei

werden diejenigen Wähler und Wählerinnen, welche schon Mitglied der Württ. Bürgerpartei sind oder es werden wollen, sowie alle sonstigen dieser Partei wohlwollend gegenüberstehenden Männer und Frauen auf

Dienstag, den 22. April, abends 8 Uhr, in den Gasthof zum „Vären“ in Neuenbürg freundlichst eingeladen.

Zur Besprechung kommt die so wichtige Gemeinderatswahl und die Feststellung der Kandidatenliste. Wir bitten daher um besonders zahlreiches Erscheinen.

Der vorbereitende Ausschuß.

Damen-Mädchen-Bekleidung C. Berner
Mäntel, Kostüme, Tailleurkleider, Röcke, Blusen
Morgen-Röcke, Morgen-Jacken, Unterröcke
Horsheim, Ecke Metzger- u. Blumenstr.



Waldrennach,
Station Neuenbürg, 2,8 km.

Grundstücks- Versteigerung.

Friedrich Benke, Dachenswirts Witwe von Waldrennach, bringt die Grundstücke:

- Geb. Nr. 7: 2 a 28 qm Wohn- und Wirtschaftsgebäude mit Saal, Abort u. Kellerhals,
- Geb. Nr. 7a: 2 a 15 qm Holzschopf und Hofraum,
- Parz. Nr. 126/3: 1 a 06 qm Gemüsegarten an der Hauptstraße in Waldrennach,
- Parz. Nr. 136/1: 17 a 37 qm Acker, Gemüsegarten u. Mauer in Staufenäckern

am Donnerstag, den 24. ds. Mts., vormittags 10 Uhr, auf dem Rathaus in Waldrennach im öffentlichen Aufsteich zur Versteigerung.

Das Anwesen Wirtschaft zum „Döfen“ mit dinglichem Recht ist 1913 neu erbaut, hat gute Keller, im Erdgeschoss Wirtschaft, Nebenzimmer und 90 qm Saal, neben Küche und 11 Zimmer, im ersten Stock 5 Zimmer und Küche und im Dachstock 3 Zimmer und ein als Küche leicht einzurichtender Raum, ist sehr gut erhalten und bietet tüchtigen Geschäftsleuten günstige Gelegenheit.

Kaufsliebhaber werden eingeladen. Bei günstigem Gebot kann der Zuschlag nach der ersten Versteigerung erfolgen.

Die Grundstücke können jeden Tag besichtigt werden. Mitverkauf wird die Wirtschaftseinrichtung, darunter ein Backofen, Waschmaschine, Piano, Grammophon und Fässer mit ca. 5000 Liter Gehalt.

Den 11. April 1919. Grundbuchbeamter:
Bezirksnotar Pieper.

Wirtschafts-Eröffnung!

Teile der verehrlichen Einwohnerschaft von Calmbach, sowie allen Freunden und Gönnern der Umgebung mit, daß ich das Gasthaus zum „Schwarzwald“ käuflich erworben habe und am 17. April (Gründonnerstag) eröffne.

Es ist mein Bestreben, daß ich meine werten Gäste mit reinen Weinen, prima Bier und guter Küche bediene.

Um gütige Unterstützung meines Unternehmens bittend, zeichne ich

hochachtungsvoll

Otto Blaich zum „Schwarzwald“.

Dobel.

Hochzeits-Einladung.

Zur Feier unserer Hochzeit am Ostermontag, den 21. April im Gasthaus z. „Röhle“ laden hiemit freundlichst ein

Frida Schönhaler,
Pflanztochter des Karl Wacker, Schindelfabrikanten.
Wilhelm Ruff,
Sohn des † Jakob Ruff, früheren Farenhalters.
Abgang 11 Uhr.

Calmbach.

Zur Feier unserer Hochzeit

erlauben wir uns, Verwandte, Freunde und Bekannte auf

Ostermontag, den 21. April 1919
in das Gasthaus zum Bahnhof
freundlichst einzuladen.

Eugen Pfeiffer,
Sohn des Gottfried Pfeiffer, Calmbach.
Luise Schönhaler, Witwe,
Conweiler.
Abgang 12 1/2 Uhr.

Am Samstag vor Ostern, den 19. April ds. Js. bleibt unsere Kasse

geschlossen.

Vom 22. April ds. Js. sind unsere Kassenstunden
vormittags 9-12 Uhr,
nachmittags 2-3 Uhr.
Samstag nachmittag geschlossen.

Stahl & Federer A.-G.,
filiale Wildbad.

Gothaer Feuerversicherungsbank auf Gegenseitigkeit.

Im Jahre 1821 eröffnet.

Der Ueberschuß des Geschäftsjahres 1918 beträgt für die Feuerversicherung:
70 vom Hundert

der eingezahlten Beiträge, für die Einbruchdiebstahl-Versicherung gemäß der niedrigeren Einzahlung ein Drittel des vorstehenden Satzes, **23 vom Hundert.**

Der Ueberschuß wird auf den nächsten Beitrag angerechnet, in den im § 11 Abs. 2 der Bankstatute bezeichneten Fällen bar ausbezahlt.

Auskunft erteilt bereitwilligst die unterzeichnete Agentur.
Neuenbürg, im April 1919.

Martin Lutz.

Wilh. Wackenhut, Tuchhandlung Neuenbürg

empfiehlt seine Werkstätte für Neuankertigungen, Wenden, Abänderungen und Ausbesserungen. Auch werden
:: :: Kostüme und Damenmäntel angenommen. :: ::

Concordia

Eölnische Lebens-Versicherungs-Gesellschaft
Cöln a. Rh. Errichtet 1853.

Versicherungsbestand Ende 1918 über 429,6 Mill. Mk.
Vermögensbestand Ende 1918 - 227 Millionen Mk.

Auskunft durch:
Herm. Geissler, Waldrennach, OA. Neuenbürg.

H. Maier, Heilkundiger

behandelt Krankheiten nach den Methoden der Homöopathie und der naturgemäßen Heilweise.

Sprechstunden: Pforzheim, Dettliche Nr. 51, Montag, Mittwoch und Freitag, vorm. 10-1 und nachm. 4-6 Uhr.

Woll-Annahme.

Unterzeichneter empfiehlt sich den Herren Schafhaltern im Waschen, Färben, Spinnen der von der Kriegsmüllbedarfsaktiengesellschaft freigegebenen Wolle und im Verfrachten der Garne und sichert prompte und reelle Bedienung zu.

Carl Dingler, Stricker, Calw, Vorstadt 251.

Wer hat ein gutes Hausgetränk herstellen will, der mache einen Versuch mit den schon seit Jahren bekannten

Rufs Heidelbeeren mit Zutaten
in Paketen zu 100 Liter zu 35.- Mk. per Faß. Zu diesem Getränk werden 16-18 Pfund Zucker benötigt. Auch mit Rufs Kautschuk mit Heidelbeersaft und mit Süßholzwurzel ergibt ein gutes Getränk, die Flasche zu 100 Liter kostet 15.- Mk. einschließlich Porto und Verpackung.

Robert Ruf, Ettlingen.

Rechnungen, 28. Oktober 18.
Die von Ihnen bezogenen Heidelbeeren nebst Zutaten zu 100 Lit. ergaben ein ausgezeichnetes Getränk. Mein Nachbar, Herr ... erlaubte mir, ihm 2 Faß zu 100 Liter getrockneter Heidelbeeren mit Zutaten zuzusenden ...
Kaiserslautern, 3. November 18.
Senden Sie mir wieder 2 Faß des Rufs Heidelbeersaftes und mit Süßholzwurzel zu 200 Liter. Mit dem letzten war ich sehr zufrieden etc. ges. Christian Schneider, Weinmeister.

Medizinisches Versandhaus, Bremen 338,
Postfach 225.

Im Vertrauen

auf die taubendoch erprobte Wirkung, selbst wenn schon viele andere ohne Erfolg angewandt, nehmen Frauen bei Monatsbeschwerden die vielbewährten echten Frauen-tropfen „Frenar“ destill. ex Cinnamon, Alcoh. Caryophyl. Fol. mellis, 2 Flasche Mk. 5.-. Einmalig erprobbar Mk. 1.50, bei sehr hartnäckigen Beschwerden Doppelreife Mk. 12.50. Bedeutend erhöhte Wirkung wird erzielt durch gleichzeitigen Gebrauch von „Frenar-Tea“. Faß Mk. 2.50. Warnung vor Nachahmungen. Versand nach auswärts gegen Nachnahme oder vorherige Einzahlung des Betrages.

Medizinisches Versandhaus, Bremen 338,
Postfach 225.

Oberamtsstadt Neuenbürg. Eier

werden abgegeben am Donnerstag, den 17. April

8 U. vorm. f. Nr.	1-100
8 1/2	101-200
9	201-300
9 1/2	301-400
10	401-500
10 1/2	501-600
11	601-700
11 1/2	701-Schl.

Städt. Lebensmittelstelle
J. K.: Rienle.

Den Herren Ortsvorstehern

empfehlen wir für die kommenden Gemeinderatswahlen

sämtliche erforderlichen Formulare, Stimmzettel, Wahlumschläge usw.

Lieferung kann schnellstens erfolgen.

Verlag des „Enztäler“. :: D. Strom.

Forstamt Simmersfeld.

Andelstammholzverkauf
am Samstag, den 26. April 1919, vormittags 10 Uhr, im Gasthaus zum „Anker“ in Simmersfeld aus Staatswald

Eitel (Forstw. Gangel), Enzmal (Forstw. Ness, Enzthal), Spielberg und Hagwald (Forstw. Eichele, Gompel-scheuer): Forchen: Langholz: 377 Stück mit Fm.: 12 I., 74 II., 188 III., 74 IV., 14 V. Kl.; Abschnitte: 7 Stück mit Fm.: 7 II. Kl.; St. und La.: Langholz: 978 Stück mit Fm.: 837 I., 367 II., 238 III., 111 IV., 67 V. Kl.; Abschnitte: 113 Stück mit Fm.: 90.47 II., 8 III. Kl. Losverzeichnisse von der Forstdirektion G. f. S., Stuttgart.

Neuenbürg. Ein guterhaltene Nachtmischen

hat zu verkaufen
E. Haist, Brunnent. 292.
Noten sol.

Erklärung.

Ich erkläre hiemit, daß ich für die Schulden meiner Frau nicht aufkomme.
Gottfried Knödel II.

Erwigen und dreiblättrigen Klee

empfiehlt
Karl Guntner, Schwam.
Ghepaar sucht v. 15. Juli bis 15. Juli

Schlafzimmer

mit Kostgelegenheit im Enzthal und Umgegend.
Angebote unter Nr. 967 an die Enztäler-Geschäftsstelle.

Pfingweiler. Für sofort suche ich ein Mädchen.

Frau Huber.
Arnbach.

Eine Milch-Kuh

hat zu verkaufen
Fr. Käfber.

Bettnäffen

Befreiung garantiert sofort. Alter und Geschlecht ungeachtet. Auskunft umsonst.
Versandhaus Wohlfahrt, München 308, Habellastr.

Katholisch. Gottesdienst in Neuenbürg.

Karfreitag, den 19. April, Beginn des Gottesdienstes 7 1/2 Uhr früh.
Karfreitag, den 19. April, 8 Uhr abends Auferstehungsfeier.
Ostermontag, den 20. April, heilige Eucharistie um 10 Uhr.
Beginn des Gottesdienstes 9 Uhr vormittags.
Vor dem Gottesdienst von 7 bis 9 Uhr Orgelkonzert. hl. Beicht und Kommunion.

Nach der Grippe

macht sich bei Frauen und Mädchen oft ein sehr harter Haarausfall bemerkbar. Diesen beseitigt in kürzester Zeit
Apothek. Raitelhuber's Haarwasser
Preis 4,50 Mk.
Porto und Packung extra.
Abreisverfand:
Holapotheke Hechingen, Hechingen.

Heinen's Tranktract-Br.

Pforzheim.

Polisensen-Lehrmädchen

auf Ostern gesucht.
H. Drews, Pforzheim, Museumstr. 4.